

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Bernstr. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52,  
Tresden 1530,  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 148.

Sonnabend, 28. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt 10%, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe der Aufträge in Kontant bezahlt wird. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. J. Leichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die Deckungsvorlagen im Reichsrat.

### Ledigensteuer — 5 prozentiger Zuschlag auf alle Einkommen über 8000 Mark — Abstriche im Etat. Reichshilfe der Personen im öffentlichen Dienst.

von Dr. L. W. J. Leichgräber. Die vereinten Ausschüsse des Reichsrates stellten am Sonnabend vormittag eine Sitzung ab, in welcher die Reichsregierung ihren neuen Deckungsvorlagen unterbreitete. Für die Ausführungen des Reichsfinanzministers und des Reichsfinanzministers Dietrich war diese Sitzung öffentlich.

#### Reichsfinanzminister Dr. Brüning

erklärte namens der Reichsregierung: Die Deckungsvorlagen, die beim Reichsrat zur Beratung liegen, zurück und hat neue Deckungsvorlagen eingebracht. Sie stellen eine Modifikation der bisherigen Vorlagen dar. Aus einer ausgebauten Ledigensteuer wird eine größere Summe zur Deckung des Defizits entnommen, nämlich 110 Millionen. Dazu tritt ein prozentiger Zuschlag auf alle Einkommen über 8000 Mark mit einem Ertrag von 85 Millionen. Im Etat sollen Abstriche gemacht werden in Höhe von 100 Millionen. Außerdem sollen aus dem Winderdefizit des vergangenen Jahres 35 Millionen entnommen werden. Endlich sollen 135 Millionen durch eine Reichshilfe der Personen im öffentlichen Dienst aufgebracht werden. Der Herr Vizeminister wird diese Vorlagen im einzelnen begründen.

Namens der Reichsregierung zur Begründung des Programms der Reichsregierung hat der Reichsfinanzminister einige Ausführungen zu machen. Man hat sich in der Öffentlichkeit darüber gewundert, daß die Reichsregierung, nachdem im April ein Deckungsprogramm zur Sanierung der Rentenlage verabschiedet war, erneut nach zwei Monaten mit neuen Anforderungen an die parlamentarischen Körperschaften herantreten ist. Man hat vielfach den Vorwurf erhoben, als ob die Reichsregierung im April die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches nicht genügend sicher beurteilt habe.

Als die neue Reichsregierung gebildet wurde, hat sie den Etat und die Etatsanschläge des früheren Kabinetts übernommen. Diese Etatsanschläge waren in einer Zeit aufgestellt, deren Merkmale auch noch gültig waren für ihre Veranschlagung aber mit ganz anderen wirtschaftlichen Umständen, als sie zur Zeit bestehen. Die Schätzungen waren zunächst darauf aufgebaut, daß die Konjunktur sehr viel früher aufsteigen würde und daß man damals von der Platzierung der Konjunktur unmittelbar einen erheblichen Aufschwung der Wirtschaft namentlich in Deutschland erhoffte. Die Reichsregierung ist jedoch schon sehr früh zu einem anderen internen Ergebnis in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage gekommen. Als die Reichsregierung ihre internen Schätzungen aufstellte, herrschte noch ein gewisser Optimismus in den Vereinigten Staaten, auch bei den amtlichen Stellen. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser Optimismus nicht begründet ist und daß vielmehr damit zu rechnen ist, daß namentlich in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit und die Erschütterung der Wirtschaft sehr viel längere Zeit dauern wird, als vorher dargelegt die Vermutungen angenommen haben. Die Krise der Wirtschaft hat sich auf die ganze Welt ausgebreitet. Ich darf gleichgültig feststellen, daß im Vergleich zu anderen Ländern die Lage sich auf die ganze Welt ausbreitet. Ich stelle fest, daß im Vergleich zu anderen Ländern die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nicht so ungünstig ist, wie vielfach angenommen wird. Trotzdem müssen wir bei der Beurteilung der Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auf eine erhebliche höhere durchschnittliche Arbeitslosenquote kommen. Die Berechnungen beruhen jetzt auf der Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß diese Ziffer durch die Maßnahmen der Reichsregierung im Laufe dieses Jahres tatsächlich durchgehalten wird. Mit der Weltwirtschaftskrise ist verbunden eine internationale Veränderung des Preisniveaus auf der ganzen Erde, am wenigsten allerdings in den Einzelhandelspreisen, die zu einer vollkommen veränderten Beurteilung der künftigen Entwicklung zwingt. Ich will nicht darauf eingehen, welche Gründe dafür vorhanden sind, auch nicht auf die Schätzungen und Überlegungen, daß dieses Preisniveau weiter noch für einige Zeit sinken werden wird, und daß die Preise allgemein die Tendenz haben, wenigstens die Großhandelspreise, auf den Niveau der Vorkriegszeit zurückzugehen. Das sind zum Teil heute noch Vermutungen. Niemand kann sie beurteilen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, für die gesamte Wirtschaftsentwicklung und damit auch die finanziellen Einnahmen des Reiches diese Preisentwicklung von ganz unangehener Bedeutung ist. Die Spanne zwischen Produktionspreisen, Rohstoffpreisen und Agrarpreisen ist ganz außerordentlich geworden. Es ist ganz klar, daß jede Reichsregierung und jede Regierung in irgend einem Lande der Welt anfangs dieser Tatsachen ganz richtig vor außerordentlich schwierigen Aufgaben gestellt sein wird. Die Lage ist auch schon deswegen erschwert worden, weil eine Reihe von Ländern glaubte, auch bei industriellen Krisen eine weitere Erhöhung vorzunehmen zu müssen, um damit ein Mittel zu finden, die drohenden Gefahren für die eigene Industrie abzuwehren. Alles in allem müßte ich

feststellen, daß wir es nicht mit einer normalen Krise zu tun haben, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schafft, und deren Überwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schicksalsfrage geworden ist.

Deswegen sind wir dazu übergegangen, sofort neue Schätzungen aufzustellen und neue Deckungsvorlagen einzubringen. Wir glauben dazu verpflichtet zu sein angesichts der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren aus Mangel an Einsicht der Parteien oder aus außenpolitischen Rücksichten nicht sofort, dann, wenn sich eine veränderte finanzielle Situation ergab, die Initiative ergriffen und energisch an ein Sanierungsprogramm herangegangen wurde. Die neuen Vorläge ergeben sich folgendermaßen: Der Mehrbedarf für die Krisenfürsorge beläuft sich auf 182 Millionen Mark, die Winderentnahmen konnten auf 150 Millionen geschätzt werden. Bei der Bereinschätzung des Etats, obgleich sie dort knapp bemessen waren.

Außerdem ist aus dem Etat noch eine Summe von 174 Millionen für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt. Alles in allem, also 486 Millionen. Die Abdeckung dieses Bedarfes habe ich schon im einzelnen dargestellt. Ich verweise darauf, daß die vielfach geäußerten Wünsche, die Abdeckung dieser Summe im Etat im Rahmen des übrigen Programms, das die Regierung für die Sanierung der Wirtschaft und die Gesamtreform der Reichsfinanzen vorbereitet, zu verschieben. Das ist für die Reichsregierung nicht akzeptabel. Entscheidend für den Kredit des Reiches ist es, daß nicht gerüttelt wird an dem Schuldenplan, der von Schacht vor Weihnachten aufgestellt worden ist. Diese Aufgabe auf irgend einen längeren Zeitraum durch Ausdehnung des Schuldenplans zu verschieben, würde in der ganzen Finanzwelt unseren Kredit erschüttern. Daß die Deckungsvorschläge der Reichsregierung nicht populär sind, darüber ist sich die Reichsregierung selbst klar gewesen, eine Deckung durch Anleihen kam auch nach Ansicht des Reichsbankpräsidenten unter keinen Umständen in Frage.

Ich bin der Überzeugung, daß die Beamtenlast im Lande selbst einsehen wird, daß dieses Opfer, das sie bringen soll, im Rahmen all der Opfer, die den verschiedensten Berufsständen zugehen werden, notwendig ist, und daß sie sich diesem Opfer nicht verweigern.

Zusammenfassend muß ich erklären, daß die Reichsregierung an diesem Deckungsprogramm festhalten muß, auch an seiner Stellenverteilung.

#### Reichsfinanzminister Dietrich

fährte aus: Zur Deckung des Mehrbedarfes ist einmal vorzusehen die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes. Darunter sind verstanden die Beamten nicht nur des Reiches, der Länder und Gemeinden, sondern auch die der öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Ferner die Dauerrenten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die Pensionäre, aber nicht die Witwen und Waisen. Es ist eine Preisgrenze gesetzt von 2000 Mark Jahreseinkommen, auch die Kinderrenten (240 M.) sind freigegeben. Bei den Dauerrenten des Reiches und der öffentlichen Organisationen beginnt die Zahlungsverpflichtung erst bei 8000 M., weil diese Angehörigen der Arbeitslosenversicherung unterliegen. Die Höhe der Reichshilfe ist auf 2 1/2 Prozent für die Bezüge festgelegt. Vom 1. August 1930 bis 31. März 1931 soll diese Reichshilfe einen Ertrag erbringen von 135 Millionen Reichsmark. Der Zuschlag zur Einkommensteuer von allen Einkommen über 8000 Mark soll 58 Millionen Reichsmark, der Zuschlag für die Ledigen bedeutet den Wegfall der 2-prozentigen Ermäßigung bei Einkommen bis zu 2640 und bei den darüber hinausgehenden Einkommen den Wegfall der Ermäßigung von 30 Reichsmark und einen Zuschlag von 10 Prozent. Das soll 110 Millionen Reichsmark erbringen. Von den insgesamt 188 Millionen entfallen auf die Länder 5%, auf das Reich 102 1/2 Millionen. Aus der Verfürgung der Steuererlöse für die Zigarettenbanderolen und Vergrößerung der Kontingenterung der Zigarettenfabriken erwartet man 48, aus Etatsersparnissen für 1929/30, für 1930/31 100 Millionen RM. Insgesamt ergeben sich 480 1/2 Millionen für das Reich.

Durch die einprozentige Beitragserhöhung und die Reform der Arbeitslosenversicherung sollen von dem Dienst der Reichsanstalt 200 Millionen bis zum 1. April nächsten Jahres abgetragen werden. Die Vorlagen, die den verbleibenden Rest des Reichsdefizits decken, dürfen auf keinen Fall verzögert werden, weil sie die Voraussetzungen für eine endgültige Vereinigung unserer Schwierigkeiten schaffen müssen.

Am Etat des Reiches kann man nicht unbeschränkt sparen. Die Sparmaßnahme beschränkt sich auf 2140 Millionen, in denen eine Milliarde für soziale Zwecke enthalten ist, sparen kann man zunächst nur an den 188 Millionen für die öffentlichen Verwaltungsausgaben des Reiches, ferner an Bauten und Beschaffungen. Insgesamt beschränkt sich die bewegliche Summe des Etats auf eine runde Milliarde. Davon 100 Millionen einsparen, ist eine schwere Auf-

gabe. In der heutigen Steuerbelastung, besonders auch in den Realsteuern und der Grundsteuer, liegt eine große Gefahr, die dahin führen kann, daß zwar Werkstätten in Deutschland bleiben, die Steuerzahler aber außerhalb unserer Grenzen sitzen. Selbstverständlich liegt es dem Ministerium fern, vor den Steuerpflichtigen zurückzukehren. Ich glaube aber auch, daß die jetzt vorgeschlagene Zusatzbelastung der höheren Stufen noch getragen werden kann. Ferner ist beabsichtigt, im Rahmen der Einkommensteuer den Einzelkaufleuten, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften für ihre Referenzen Erleichterungen zu gewähren, damit das deutsche Kapital der deutschen Wirtschaft erhalten bleibt.

Wie wird es weiter gehen? Zunächst kann das Reich in nächster Zeit keine auch noch so geringfügigen Aufgaben übernehmen, es muß sich im Gegenteil um weiteren Abbau bekümmern. Ferner muß die Arbeitslosigkeit bekämpft werden durch Ordnung der Finanzen und damit Wiederherstellung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft durch Herstellung der deutschen Konkurrenzfähigkeit und durch Arbeitsbeschaffung. Das in die Wege geleitete Arbeitsbeschaffungsprogramm ist allerdings nur ein Notbehelf. Viel wichtiger ist die Sanierung der Preise und Produktionskosten, namentlich für die Banken, die am härtesten überfordert sind.

Die Rückwirkung auf unsere eigene Wirtschaft kann nicht ausbleiben, wenn wir unsere Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt behaupten wollen. In diesem Falle gehen wir einen schweren Gang. Wir müssen damit rechnen, daß trotz aller Anstrengungen die Arbeitslosigkeit anhält und die Gemeinden durch die Ausgehenden vielleicht noch härter als bisher belastet werden. Wenn wir in den nächsten Monaten die Frage lösen müssen, wie wir den Gemeinden helfen können, so denke ich zunächst an Einführung eines Verwaltungsstellenbeitrages oder Gemeindebeitrages. Ein Entwurf über die Verbesserung der öffentlichen Betriebe liegt im Reichstage vor. Es liegt am Parlament, ihn zu verabschieden. Mit dem endgültigen Finanzansatz dürfen wir die Erörterung der gegenwärtigen Vorlage, die beabsichtigt ist, nicht belassen. Der Redner weist dann darauf hin, daß der Reichsarbeitsminister nur noch für eine beschränkte Zeit in besonderen Härtefällen neue Kriegsbefähigtenrenten bewilligen will. Jedes Jahr sei eine neue Armee von Kriegsinvaliden hinzugekommen. Heute, zwölf Jahre nach Beendigung des Krieges, werde jedoch in den wichtigsten Fällen, die jetzt erst auftauchen, ein Zusammenhang zwischen der Invalidität und der Kriegsteilnahme festzustellen sein.

Ferner habe der Reichsarbeitsminister eine Reform der Krankenversicherung vorgelegt. Die durch sie erzielten Ersparnisse hätten jedoch nur einen Zweck, wenn sie tatsächlich zur Verminderung der Beiträge, also zur Entlastung der durch die Arbeitslosenversicherung wieder schwerer belasteten Arbeitgeber und -nehmer verwendet werden.

Der Redner appellierte dann an die Hilfe der Ministerpräsidenten der Länder, die nach Berlin zusammenberufen worden sind. Wenn die Arbeitslosigkeit noch schlimmer werde, dürfe man vor den drakonischen Sparmaßnahmen nicht zurückweichen. Von den Beamten, denen 2 1/2 Prozent vom Gehalt abgezogen werden, erwartet der Redner, daß sie auch in dieser schwierigen Situation dem Staate die Treue bewahren, zumal sie entscheidend daran interessiert seien, daß der Staat leistungs- und zahlungsfähig bleibe.

Bisher sei ein Unglück nicht passiert, seit einer Woche habe das Reich die schwebenden Auslandsschulden fast vollständig abgedeckt und seine Verpfändung, von den inländischen Schulden 450 Millionen abzugeben, auf den Pfennig eingehalten. Jetzt Steuererlöse zu versprechen, sei die Lage zu ernst. Wenn sich der Index der Rohstoffe am Weltmarkt dauernd um 100 bewegen sollte, dann würde dasjenige Volk den größten Schaden haben, das dem Preisabfall den längsten und entschloffensten Widerstand entgegensetze. Mit Ersparnissen sei das Reichsministerium vorgegangen, es hoffe auf Nachfolger in der Staats- wie in der Privatwirtschaft.

Das deutsche Volk habe jedoch schon schwierige Zeiten überwunden, deshalb spreche der Redner, obwohl es scheint, als ob das deutsche Volk in Gruppen und Gruppen von Interessenten aufgetrennt sei, zum Schluß das Vertrauen zur Opferwilligkeit des deutschen Volkes aus.

Die Weiterverhandlungen der Ausschüsse waren vertraulich.

#### Breisherabteilung im Mansfelder Gebiet

Halle. Aus Eisenberg wird berichtet: In Anbetracht der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage im Mansfelder Streifengebiet beschloßen die Bäckermeister in Leimbach, den Brotpreis von 70 auf 55 Pfennig herabzusetzen. In ähnlicher Weise haben in verschiedenen Orten des Streifenbezirks die Fleischermeister ihre Preise ermäßigt.